

TERMINE

Gesetzgebungsverfahren und ausgewählte Verordnungen

Gesetze und Verordnungen (laufende und geplante Verfahren)

Gesetz zur finanziellen Stabilisierung der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-Finanzstabilisierungsgesetz – GKV-FinStG)

- zustimmungsfrei -

- GKV-Finanzierung
 - Zusätzlicher Bundeszuschuss in 2023 von 2 Mrd. Euro
 - Bund leistet im Jahr 2023 Darlehen an den Gesundheitsfonds in Höhe von 1 Mrd. Euro
 - Finanzreserven der Krankenkassen werden mit einem kassenübergreifenden Solidarausgleich zur Stabilisierung der Beitragssätze herangezogen
 - Absenkung der Obergrenze der Liquiditätsreserve des Gesundheitsfonds
 - Anstieg der sächlichen Verwaltungsausgaben der Krankenkassen für 2023 wird auf 3,0 Prozent gegenüber dem Vorjahr begrenzt
- Begrenzung der Arzneimittelausgaben
 - Verlängerung des Preismoratoriums bis einschließlich 2026
 - Erhöhung des Apothekenabschlags für zwei Jahre von 1,77 Euro auf 2 Euro
 - Für ein Jahr befristete Anhebung des Herstellerabschlags um 5 Prozent
 - Rückwirkung des Erstattungsbetrags für neue Arzneimittel ab dem 7. Monat
 - Senkung der Umsatzschwelle für Orphan Drugs auf 20 Mio. Euro
 - Kombinationsabschlag in Höhe von 20 Prozent für Arzneimittel mit neuen Wirkstoffen
- Vertragsärzte
 - Streichung der extrabudgetären Vergütung für die Behandlung von neuen Patienten
 - Begrenzung des Anstiegs der zahnärztlichen Vergütung für Zahnbehandlung in 2023 und 2024
- Krankenhäuser
 - Ab 2025 werden in den Pflegebudgets nur die Kosten für qualifizierte Pflegekräfte in der unmittelbaren Patientenversorgung berücksichtigt

Am Tag nach der Verkündung	Inkrafttreten
vsl. 20.10.2022	2./3. Lesung Bundestag
23.09.2022	1. Lesung Bundestag
16.09.2022	1. Durchgang Bundesrat
27.07.2022	Kabinettsbeschluss
30.06.2022	Referentenentwurf

Gesetz zur Pflegepersonalbemessung im Krankenhaus sowie zur Anpassung weiterer Regelungen im Krankenhauswesen und in der Digitalisierung (Krankenhauspflegeentlastungsgesetz – KHPfIEG)

- zustimmungsfrei -

- Einführung eines neuen Krankenhaus-Personalbemessungsinstruments: BMG kann in Rechtsverordnungen ohne Zustimmung des Bundesrates im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen Vorgaben zur Ermittlung des Pflegepersonalbedarfes und zur Festlegung der Personalbesetzung bestimmen.
- Regelungen zur Beschleunigung der Budgetverhandlungen zwischen Krankenhäusern und Krankenkassen

<ul style="list-style-type: none"> Vorgaben zur besseren Interoperabilität der Praxis- und Krankenhaussysteme; Anpassungen zur Interoperabilität der Telematikinfrastruktur, Fristen der Kassen zur Einführung weiterer Funktionen der elektronischen Patientenakte (ePA) werden verlängert 	
Am Tag nach der Verkündung	Inkrafttreten
vsl. 28.10.2022	1. Durchgang Bundesrat
14.09.2022	Kabinettsbeschluss
23.08.2022	Verbändeanhörung BMG
01.08.2022	Referentenentwurf
07.07.2022	Eckpunkte des BMG

Krankenhausreform – Empfehlungen der Regierungskommission für eine moderne und bedarfsgerechte Krankenhausversorgung

- Zweite Empfehlung: Tagesbehandlung im Krankenhaus zur kurzfristigen Entlastung der Krankenhäuser und des Gesundheitswesens
- Erste Empfehlung für eine kurzfristige Reform der stationären Vergütung für Pädiatrie, Kinderchirurgie und Geburtshilfe

27.09.2022	Zweite Empfehlungen der Regierungskommission
08.07.2022	Erste Empfehlung der Regierungskommission

Gesetz zur Zahlung einer Energiepreispauschale an Renten- und Versorgungsbeziehende und zur Erweiterung des Übergangsbereichs - zustimmungsfrei -

- Zahlung einer Energiepreispauschale an Renten- und Versorgungsbeziehende
- Anhebung der Obergrenze im Übergangsbereich für sozialversicherungspflichtige Beschäftigte von 1.600 auf 2.000 Euro

13.10.2022	1. Lesung Bundestag
05.10.2022	Kabinettsbeschluss
26.09.2022	Formulierungshilfen für die Koalitionsfraktionen für einen aus der Mitte des Deutschen Bundestages einzubringenden Gesetzentwurf

Gesetz zur Erhöhung des Wohngeldes (Wohngeld-Plus-Gesetz) - zustimmungspflichtig -

- Reform des Wohngeldes und Ausweitung des Leistungsanspruchs (mehr Pflegebedürftige als bisher sollen Anspruch erhalten)

13.10.2022	1. Lesung Bundestag
28.09.2022	Kabinettsbeschluss
22.09.2022	Referentenentwurf

Gesetz zur Änderung des Heizkostenzuschussgesetzes und des Elften Buches Sozialgesetzbuch

- zustimmungsfrei -

- Ab 01.01.2023 Möglichkeit der Neuverhandlung in Pflegeeinrichtungen bei erheblich veränderten Energieaufwendungen
- Einmaliger zusätzlicher Heizkostenzuschuss in Höhe von 415 Euro für Pflegebedürftige, die von September bis Dezember 2022 Wohngeld beziehen

13.10.2022 | 1. Lesung Bundestag

07.10.2022 | 1. Durchgang Bundesrat

28.09.2022 | Kabinettsbeschluss

22.09.2022 | Referentenentwurf

Verordnung zur Prüfung der Erstattungsfähigkeit digitaler Pflegeanwendungen nach dem Elften Buch Sozialgesetzbuch**(Digitale Pflegeanwendungen-Verordnung – DiPA)**

- Regelung der Verfahren zur Prüfung der Erstattungsfähigkeit digitaler Pflegeanwendungen in der Pflegeversicherung
- Definition der Anforderungen an digitale Pflegeanwendungen: Sicherheit, Funktionstauglichkeit, Qualität, Datenschutz und Datensicherheit
- Vorgaben für den Nachweis des pflegerischen Nutzens

07.10.2022 | Inkrafttreten

01.06.2022 | Referentenentwurf

Verfahrensverordnung zur Impfsurveillance und Pharmakovigilanz von Schutzimpfungen**(Schutzimpfungen-Surveillance und Pharmakovigilanz-Verfahrensverordnung - SchulmpfSurvPharkVV)**

- Regelungen zum Verfahren und zu den Ausnahmen der Datenübermittlung für Zwecke der Impfsurveillance und Pharmakovigilanz
- Ziel: Verbesserung der bisherigen Datenlage beim Robert Koch-Institut und dem Paul-Ehrlich-Institut

01.09.2022 | Referentenentwurf

Gesetze und Verordnungen (laufende Verfahren) – Corona-Pandemie**Verordnung zur Erstattung pandemiebedingter Kosten der sozialen Pflegeversicherung durch Bundesmittel****(Pandemiekosten-Erstattungsverordnung – PKEV 2022-2)**

- Steuermittel für pandemiebedingte Pflegezusatzkosten – Soziale Pflegeversicherung soll im Oktober 2022 einen ergänzenden Bundeszuschuss in Höhe von 1 Mrd. Euro erhalten - Verordnung befristet bis 31.12.2022
- Unterschreiten des gesetzlichen Betriebsmittel- und Rücklagesolls der Pflegekassen aufgrund pandemiebedingter Mehrausgaben soll verhindert werden

04.10.2022 | Referentenentwurf

Zweites Gesetz zur Änderung des Infektionsschutzgesetzes

- Umsetzung des Triage-Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 16.12.2021
- Regelung der intensivmedizinischen Behandlung bei pandemiebedingten Engpässen

▪ Festlegungen für Krankenhäuser von Dokumentationspflichten und Zuständigkeiten für Verfahrensabläufe	
19.10.2022	Anhörung im Gesundheitsausschuss
13.10.2022	1. Lesung Bundestag
07.10.2022	1. Durchgang Bundesrat
24.08.2022	Kabinettsbeschluss
07.06.2022	Referentenentwurf

Abgeschlossene Gesetze und Verordnungen (zum Teil späteres Inkrafttreten)**Gesetz zur Erhöhung des Schutzes durch den gesetzlichen Mindestlohn und zu Änderungen im Bereich der geringfügigen Beschäftigung**

- zustimmungsfrei -

- Anhebung des Mindestlohns zum 01.10.2022 auf 12 Euro
- Erhöhung der Entgeltgrenze für Minijobs auf 520 Euro
- GKV kann durch die Anhebung des Mindestlohns mit Mehreinnahmen von 0,9 Mrd. Euro und die SPV mit 0,2 Mrd. Euro ab 2023 rechnen
- Durch die Anpassung der Geringfügigkeitsgrenzen muss die GKV laut Entwurf mit Mindereinnahmen i. H. v. 0,3 Mrd. Euro und die SPV mit 0,05 Mrd. Euro ab 2023 rechnen

01.10.2022	Inkrafttreten
10.06.2022	2. Durchgang Bundesrat
03.06.2022	2./3. Lesung Bundestag
16.05.2022	Anhörung im Ausschuss für Arbeit und Soziales
28.04.2022	1. Lesung Bundestag
08.04.2022	1. Durchgang Bundesrat
23.02.2022	Kabinettsbeschluss
01.02.2022	Referentenentwurf: Zweites Gesetz zu Änderungen im Bereich der geringfügigen Beschäftigung
21.01.2022	Referentenentwurf: Entwurf eines Gesetzes zur Erhöhung des Schutzes durch den gesetzlichen Mindestlohn (Mindestlohnerhöhungsgesetz – MiLoEG)

Abgeschlossene Gesetze und Verordnungen (Corona-Pandemie)**SARS-CoV-2-Arbeitsschutzverordnung – Neufassung –
(Corona-ArbSchV)**

- Arbeitgeber kann Beschäftigten anbieten, geeignete Tätigkeiten im Homeoffice auszuführen
- Pflicht für betriebliches Hygienekonzept durch Arbeitgeber, um erforderliche Schutzmaßnahmen zum betrieblichen Infektionsschutz festzulegen und umzusetzen, unter anderem: AHA+L, Vermeidung / Verminderung betriebsbedingter Personenkontakte
- Möglichkeit zum Angebot von zwei Tests wöchentlich für Beschäftigte, die nicht ausschließlich in ihrer Wohnung arbeiten
- Arbeitgeber werden verpflichtet, ihre Beschäftigten bei der Wahrnehmung von Impfangeboten zu unterstützen

07.04.2023	Außerkräfttreten
01.10.2022	Inkrafttreten
24.08.2022	Referentenentwurf

Gesetz zur Stärkung des Schutzes der Bevölkerung und insbesondere vulnerabler Personengruppen vor COVID-19 (COVID-19-SchG)

- zustimmungspflichtig -

- Maßnahmen zum Schutz insbesondere der vulnerablen Bevölkerungsgruppen vor COVID-19 in der kommenden Herbst-/Wintersaison

- Anpassungen des Infektionsschutzgesetzes, soziale Pflegeversicherung (SPV) zahlt Sonderleistungen für Hygienebeauftragte in Pflegeeinrichtungen, Verlängerung der SARS-CoV-2-Arzneimittelversorgungsverordnung, Vergütungsvereinbarungen für Zahnärzte, Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen und Leistungserbringer von Heilmitteln etc.

24.09.2022	Teilweises Inkrafttreten
16.09.2022	2. Durchgang Bundesrat
08.09.2022	2./3. Lesung Bundestag
29.08.2022	Anhörung im Gesundheitsausschuss
24.08.2022	Kabinettsbeschluss Formulierungshilfen Änderungsanträge Infektionsschutzgesetz
07.07.2022	1. Lesung Bundestag
01.07.2022	Kabinettsbeschluss
23.06.2022	Formulierungshilfen

Verordnung zur Krankenhauskapazitätssurveillance

- Maßnahmen zur Feststellung der Auslastung der Krankenhauskapazitäten
- Krankenhäuser werden verpflichtet, täglich ihre freien Kapazitäten auf Normalstationen zu melden

20.09.2022 / 26.11.2022	Inkrafttreten
15.08.2022	Referentenentwurf